

Schönburger Tageblatt

und Waldenburger Anzeiger.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Tage nach Sonn- und Festtagen. Sonntags eine Gratisbeilage „Der Erzähler“. Preis vierteljährlich 1 M. 50 Pf. Alle Postanstalten, die Expedition und die Colporteurs dieses Blattes nehmen Bestellungen an. Insertionsgebühren pro fleingespaltene Zeile für Abonnenten 7 Pf., für Nichtabonnenten 10 Pf. Inseraten-Aannahme für die nächsterfolgende Nummer bis Mittags 12 Uhr des vorhergehenden Tages.

N^o. 76.

Waldenburg, Sonntag, den 15. December

1878.

Bekanntmachung.

Nachdem bei der am 9. dieses Monats hier stattgehabten Stadtverordneten-Ersatzwahl

Herr Weberfactor Julius **Höfner**,
Herr Buchbindermeister Eduard **Hobusch**,
Anfässige,
und Herr Webermeister Carl Ludwig **Friedrich**,
Unanfässiger,
zu Stadtverordneten,

sowie Herr Buchbindermeister Wilhelm **Raumann**,
Anfässiger,
und Herr Seminar-Oberlehrer Carl **Mertig**,
Unanfässiger,
zu **Ersatzmännern**,
gewählt resp. wiedergewählt worden sind, wird Solches hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht.
Waldenburg, den 13. December 1878.

Der Stadtrath.
Cunradh.

Zur Bequemlichkeit des Publikums haben wir bis jetzt an folgenden Stellen Listen zur Einzeichnung von Abonnements auslegen lassen:

- in **Altstadt-Waldenburg** bei
Herrn Kaufmann **Max Liebezeit**,
„ Restaurateur **Friedemann**,
Althaus;
- in **Altwaldenburg** bei
Herrn Restaurateur **Lein**;
- in **Callenberg** bei
Herrn Restaurateur **Frische**,
„ „ **Böhme**,
„ „ **Sarnisch**;
- in **Oberwiera** bei
Herrn Restaurateur **Martin**,
„ „ **Seitzsch**.

Weitere Ausgelegten werden noch errichtet.
Expedition des Schönburger Tageblattes.

Politische Rundschau.

*Waldenburg, 14. December 1878.

Zum Gedächtniß der glücklichen Wiedergenehung und Rückkehr des Kaisers in die Residenz soll der für die Einzugsfeierlichkeiten provisorisch auf dem Potsdamer Platz errichtete Denkmal aus Granit und Bronze als bleibendes Denkmal ausgeführt werden. Man schätzt die Kosten für das Denkmal auf ca. 300,000 Mark.

Der Meistbegünstigungsvertrag zwischen Deutschland und Oesterreich ist am 12. d. für ein Jahr von den beiderseitigen Unterhändlern unterzeichnet worden. Der Meistbegünstigungsvertrag hält das Appreturverfahren und den Rohleinenverkehr aufrecht, letzteren unter der Beschränkung der Zahl der bisherigen Märkte.

Die Erklärungen des preussischen Cultusministers Dr. Falk im Abgeordnetenhaus, welche wie in unserer Nr. 74 auszugsweise brachten, sind, wie in Abgeordnetenkreisen auf das Bestimmteste verlautet, nach vorhergegangenem einstimmigen Beschluß des Staatsministeriums erfolgt. Der Reichskanzler und der Cultusminister haben grade den populären Antrag des Centrums auf Sistierung des Klostergesetzes für die geeignete Stelle gehalten, um über den Standpunkt der Regierung dem Kirchenconflicte gegenüber keinen Zweifel zu lassen.

Der Zustand der Frau Großherzogin von Hessen-Darmstadt ist nach dem am 13. d. Vormittags 9 Uhr ausgegebenen Bulletin höchst besorgnißerregend. Eine abermalige Steigerung des Fiebers ist eingetreten; auch der Kehlkopf ist seit dem Morgen des 13. d. in Mitleidenschaft gezogen.

In der Anklagesache gegen Dr. Trettenbacher wegen Majestätsbeleidigung hat das Oberappellationsgericht in München die von dem Angeklagten eingewendete Nichtigkeitsbeschwerde verworfen und das erstinstanzliche, auf 8 Monate Festungshaft lautende Erkenntniß bestätigt. Außerdem wurde

Dr. Trettenbacher wegen frivoler Einlegung des Rechtsmittels noch zu einer Geldbuße von 60 M. verurtheilt.

Der österreichische Kaiser empfing am 12. d. Mittags eine Deputation bosnischer Einwohner, die ihm in einer Adresse ihre Huldigung darbrachte. Der Kaiser dankte für die ihm kundgegebene Anhänglichkeit und Ergebenheit und bemerkte, er sehe darin, daß nunmehr Ruhe im Lande herrsche, den Beweis, daß die Bevölkerung seine auf ihr Wohl gerichteten Absichten erkenne. Der Kaiser schloß mit der Erklärung, daß die bestehenden Glaubensbekenntnisse gleichen Schutz genießen, die Sitten des Volkes geachtet und dessen begründete Rechte gewahrt werden sollen.

Bei der Ausschlußberatung des österreichischen Reichsraths über den Berliner Vertrag am 11. d. M. vertrat Minister Unger den Regierungsstandpunkt und sagte, daß des Reichsrathes Genehmigung zur Gültigkeit des Berliner Vertrages nicht erforderlich und dieser lediglich zur Kenntnisaufnahme des Parlaments unterbreitet worden sei. Diesbezüglich ist also die Regierung im Widerspruch mit dem Grafen Andrassy, der sich der Verfassungskommission unterordnete. Weitere Konflikte zeigen sich auf anderen Gebieten. Im Budget-Ausschuß wurde beantragt, die Steuern nur für einen, nicht für drei Monate, wie die Regierung verlangt, zu bewilligen, was bisher dem Ministerium Hohenwart gegenüber geschehen ist. Die Steuern wurden jedoch trotz des Antrages auf drei Monate bewilligt. Im Wehrausschuß wurde beantragt, die Vorlagen der Wehrgesetzverlängerung und Aushebung des Rekrutencontingents gar nicht zu berathen.

Die in Genf erscheinende socialdemokratische Zeitschrift „L'avant-garde“ ist durch den schweizerischen Bundesrath unterdrückt worden; laut einer Bekanntmachung im deutschen Reichsanzeiger ist dieselbe auch vom Berliner Polizeipräsidium verboten.

Die italienische Ministerkrisis unterliegt noch der Entscheidung des Königs Humbert. Ministerpräsident Cairoli theilte am 12. d. in der Kammer mit, daß das Ministerium seine Entlassung gegeben habe, welche der König jedoch noch nicht annahm, sich seine Entschließung vorbehaltend. In parlamentarischen Kreisen Roms hält man das Verbleiben des Ministeriums und die Auflösung der Kammer jetzt für möglich. Ein seltsames Schauspiel! Ein radicales, von der Krone unterstütztes Ministerium im Kampfe mit einem conservativen Parlamente, und zwar noch jetzt, nach dem Attentate. In der Geschichte der Parlamentskämpfe dürfte eine aus solchen Ursachen entstandene Ministerkrisis selten vorgekommen sein.

In Spanien muß man doch revolutionäre Regungen auch unter dem Offiziercorps bemerkt haben. Wie aus Madrid telegraphirt wird, hat der Ministerrath beschlossen, die Kadres für 100

Bataillone Infanterie und 20 Escadrons Kavallerie zu bilden, um auf diese Weise die Stellung der auf halbes Gehalt gesetzten Offiziere zu sichern. Man will mit anderen Worten — und das ist ein schlimmes Zeichen, — sich die Zufriedenheit der Armee erkaufen.

Das Gift der Attentats-Epidemie scheint sich nunmehr auch auf englischen Boden übertragen zu haben. Wenn auch glücklicher Weise noch keine frevelnde Hand sich gegen das Haupt der Königin Viktoria erhoben hat, so sind doch bereits jene unheimlichen Erscheinungen aufgetaucht, welche in Deutschland, Spanien und Italien die königsmörderischen Thaten begleiteten. Auch an die Königin Viktoria sind Briefe gerichtet worden, in welchen das Leben der Herrscherin bedroht wird. Einen der Urheber dieser Zuschriften hat die englische Polizei gefaßt und demselben den Prozeß gemacht. Seit der Rückkehr der Königin aus Schottland ist übrigens der kgl. Palast-Polizeidienst durch Criminalcommissare bemerkenswerth verstärkt worden. Die Eisenbahnzüge in London werden jetzt durch eine größere Zahl von Geheimpolizisten überwacht als jeither. Anlaß dazu geben allerlei Gerüchte über Befürchtungen vor einer beabsichtigten Gewaltthatigkeit, wozu ohne Zweifel auch die jüngsten internationalistischen Bewegungen auf dem Continent mit beitragen. Es bleibt immerhin also die bemerkenswerthe und lehrreiche Thatsache bestehen, daß jetzt auch in England die Idee des Fürstenmordes grassirt, in jenem England, welches selbst von den rohesten Radikalen als ein Musterland der politischen Freiheiten gepriesen wird und auf dessen gastfreundlichem Boden die schwerbelasteten Flüchtlinge der Commune eine sichere Unterkunft fanden. Es ist dadurch von Neuem bewiesen, daß es jenen finsternen Gewalten, welche den allgemeinen Umsturz anstreben, vollständig gleichgiltig ist, ob ihre Anschläge sich gegen eine „gute“ oder gegen eine „schlechte“ Monarchie richten. Der Wahnsinn des Monarchenmordes ist allgemein geworden, und es ist das unheimlich Furchtbare dabei, daß dieser Wahnsinn in der That Methode zu haben scheint.

Fürst Gortschakow ist am 11. d. Abends in Petersburg wieder eingetroffen. Tags darauf wurde er vom Kaiser empfangen, wonach er die Leitung des Ministeriums des Aeußern wieder übernahm.

Der neue türkische Großvezier Rheideddin Pascha hat ein Rundschreiben an die Vertreter der Pforte im Auslande gerichtet, in welchem er als den Zweck der im Ministerium vorgenommenen Veränderungen angiebt, durch wirksame Maßregeln die Schwierigkeiten im Innern des Landes und die politischen Fragen, einschließlich der durch den Berliner Vertrag übernommenen Verpflichtungen zu lösen.

Nachrichten aus Konstantinopel bestätigen, daß in Folge der fortgesetzten Verhaftungen die Aufregung daselbst in bedenklicher Weise im Wach-